

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42. 33. Jahrg.

15. Oktober 1920

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 3 Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 85-88, III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideititz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Die historische Bedeutung des ersten Betriebsrätekongresses. Rundschau. Resolution Dißmann zum Aufgabenkreis der Betriebsräte. Von den englischen Gewerkschaften. II. — **Allgemeines:** Gauleiterkonferenz 1920. Ortsberichte: Barmen-Elberfeld, Crimmitschau, Dresden, Leipzig. — **Die photomed. Fächer:** Krise in der Chemigraphie. Ortsbericht: München, Chemigraphen. — **Folleton:** Nachrichten zum 75. Geburtstag Adolf Oberländers. — **Eingegangene Schriften.** — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

**Achtung! Achtung!**  
**Streik der Chemigraphen in Schweden.**

Die bisher erfolglos geführten Verhandlungen der Chemigraphen Schwedens haben veranlaßt, daß am 1. Oktober der Streik proklamiert worden ist. Alle Versuche, zu einem brauchbaren Tarif zu kommen, scheiterten an der starken Haltung der Unternehmer. Da nun die Unternehmer versuchen werden, ihre Aufträge in Deutschland ausführen zu lassen, ist es Pflicht der Kollegenschaft, mit peinlichster Genauigkeit zu kontrollieren, wo die Arbeiten herkommen.

**Schweden ist für Chemigraphen gesperrt! Streikarbeit ist abzulehnen.**

**Der Verbandsvorstand.**

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker**

Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

### Bekanntmachung.

#### Tarif-Ausschuß:

**Kreis 3:** Gehilfen-Kreisvertreter: *Sergei Adlerstein*, München, Renatastraße 23, III.

#### Orts-Tarifvertreter:

**Hamburg:** Gehilfenvertreter: *Lußwig Ulrich*, Hamburg I, Besenbinderhof 57 II, Zimmer 8.

In das Verzeichnis der tariffreien Firmen sind nachzutragen:

**Kreis 2:** A. Jülich, Chemnitz.

**Kreis 5:** Karl Weddichen, Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Barmen.

Berlin, den 5. Oktober 1920.

I. A.: *Rich. Köhler*, Geschäftsführer.

## Die historische Bedeutung des ersten Betriebsrätekongresses.

Der erste Kongreß der Betriebsräte Deutschlands, der von der Betriebsratszentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände für die Tage des 5. und 6. Oktober nach der »Neuen Welt«, Berlin, einberufen war, und der dann seine Tagung auch auf den 8. Oktober ausdehnte, hat seine Beratungen beendet. 953 delegierte Betriebsräte aus 65 freien Gewerkschaften, neben den Vertretern der Gewerkschaftsverbände, die nur das Recht der Mitberatung, aber nicht das Recht des Beschlusses hatten, bildeten den Kongreß. Unserem Verband, dem nach dem Verteilungsplan der Delegierten 3 Sitze zukamen, vertraten die Kollegen Nikolai, Berlin; Held, Leipzig und Adlerstein, München.

Jedem Kenner der Verhältnisse war es schon vorher klar, daß die Differenzierung in der Beurteilung der Dinge, die heute schon die Arbeiterschaft in eine ganze Reihe von politischen Parteien spaltet, auch auf dem Betriebsrätekongreß ihren Ausdruck finden werde. Vielmehr stand zu erwarten, daß gerade diese Differenzen den ganzen Kongreß beherrschten

und ihm seinen Stempel aufdrücken würden. Und in der Tat: Es hat gar nicht an Situationen gemangelt, die den Anschein erweckten, daß die Tagung noch vor dem offiziellen Schluß zu Ende gehen würde. Aber der feste Wille der übergroßen Mehrzahl der Betriebsräte, brauchbare Zukunftsarbeit zu leisten und den Boden für Gegenwartsarbeit zu bereiten, hat in der gegebenen Situation immer den rechten Weg gefunden und so zum Ausdruck gebracht, daß es vorwärts gehen soll trotz alledem.

Über den Verlauf des Kongresses auch in der Gewerkschaftspresse zu berichten, hieß Eulen nach Athen tragen. Darüber hat die Arbeiterpresse tagtäglich so eingehend berichtet, daß wir es uns ersparen können, noch einmal zu sagen, was längst schon bekannt sein dürfte. Wer die Arbeiterpresse noch nicht im Hause hat, sollte sich spüten, alte Sünden nun endlich einmal zu lassen und einzusehen, daß nur die Arbeiterpresse wirklich Arbeiterinteressen vertritt. Wichtig dagegen ist für die Gewerkschaftspresse, festzustellen, welche Wirkungen die auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse sowohl auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens wie auf die Tätigkeit der Gewerkschaften ausüben werden.

Schon die zur Behandlung gestellte Tagesordnung, die ein Referat Wissels über die wirtschaftliche Lage Deutschlands und ein Referat Hilferdings über die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung vorsah, zeigte ganz deutlich die leichte Wandlung, die sich in der Beurteilung der Aufgaben und der Andeutung der Betriebsräte seit dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß vollzogen hat. Wem jedoch diese eine Tatsache zur Feststellung der vollzogenen Wandlung noch nicht genügt, der kniee sich tief hinein in die Ausführungen, die Dißmann und Nörpel als Referenten zum dritten Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben der Betriebsräte, gemacht haben und studiere eingehend die zu diesem Punkte angenommenen Resolutionen. Dann wird ihm voll zum Bewußtsein kommen, welche Wandlung auch in der Psyche der Gewerkschaften eingetreten ist und es nur so möglich wurde, die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften organisatorisch zu erfassen.

Die auf dem Kongreß ganz allgemein herrschende Auffassung, daß sowohl Arbeit als auch Organisation der Betriebsräte nur in enger Verbindung mit den Gewerkschaften erfolgreich sein kann, entspringt der Erkenntnis, daß eine innige Verbindung zwischen Gewerkschafts- und Rätearbeit beide Teile befruchten muß. Mit Recht deutete deshalb Dißmann in seinem Referat die Richtschnur für die Arbeit der Betriebsräte wie folgt an: Arbeit auf dem gegebenen Boden zur Erweiterung der Rechte, zur Stärkung des Einflusses der Arbeiter und Angestellten, zähes Ringen im Alltag, Fortschreiten von Erfolg zu Erfolg, nicht um auszuruhen, sondern um von jeder errungenen Machtposition aus zu neuen Erfolgen zu streben. Dabei aber nicht versinken in dem Wust der Kleinarbeit, nicht befürchten vom »Betriebszweck«, sondern Sozialisten und Kämpfer um das Endziel bleiben, Klassenbewußtsein wahren.

Diese Richtschnur den Betriebsräten zur Leistung ihrer Arbeit zu geben und zu betonen — und auch zu beschließen, daß die Betriebsräte ihre Arbeit nur in engster Verbindung mit den Gewerkschaften leisten können, ist das Eingeständnis dafür, daß die Gewerkschaften ihr relativ starres Prinzip der Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder, das sie in der Praxis ziemlich stark zu Lohnerhöhungsmaschinen herabdrückte, überwunden haben und offen auf das Kampffeld zur Erringung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung treten. Die Abwehr des Kapp-Putsches, der Kampf gegen das weißrussische Horthy-Ungarn sowie der letzten aufgenommenen Krieg gegen den Krieg sind deshalb nur als die Vorläufer einer neuen Kampfeinstellung der Gewerkschaften zu betrachten, die durch die Beschlüsse des ersten Betriebsrätekongresses für Deutschland ihre Sanktion erhalten hat.

Soll die Sozialisierung der Wirtschaft nach den gefaßten Beschlüssen Wirklichkeit werden, dann muß vorher die Forderung der Betriebsräte nach Kontrolle und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß erfüllt sein. Da jedoch die Unternehmer gar nicht daran denken, ihre wirtschaftliche Macht preiszugeben und den Betriebsräten ein wirtschaftliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht einzuräumen, auch das Bürgertum einheitlich die Erweiterung der gesetzlichen Rechte der Betriebsräte ablehnt, sind die Gewerkschaften durch ihre vollzogene Verbindung mit den Betriebsräten gezwungen, in das Zentrum ihrer Tätigkeit den revolutionären Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen.

Und dieser Kampf unter aktivster Mitwirkung der Gewerkschaften wird einsetzen, wenn der Beschluß auf Forderung einer Produktionskontrolle vom neugewählten Beirat an Reichsregierung und Reichstag weiter geleitet worden ist. Denn diese von den Betriebsräten auszuübende Produktionskontrolle kann und darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige wie der Gesamtindustrie werden.

Diesem planmäßigen Aufbau einer neuen Wirtschaft und Gesellschaft das Fundament gegeben und die dazu notwendigen Waffen und Werkzeuge geschmiedet zu haben, darin liegt die historische Bedeutung des ersten Kongresses der Betriebsräte Deutschlands. Noch nach Jahrzehnten wird man den Beschluß, daß Betriebsräte und Gewerkschaften eins sein müssen, wollen sie ihrer schweren historischen Mission gerecht werden, preisen und die Richterin Geschichte wird bekunden, daß der Betriebsrätekongreß mit seinem Beschluß des Anschlusses an die Gewerkschaften den ersten Baustein zum neuen Wirtschaftsgebäude gelegt hat.

Der konkrete Inhalt des Kongresses ist jedoch dreifach. Er hat drei große Kampfgesellschaften geschaffen: einmal die der freien Gewerkschaften und der klassenbewußten Betriebsräte, zum zweiten die der Kopf- und Handarbeiter und zum dritten die der Arbeitenden und der Arbeitslosen. Die der Arbeitenden

und Arbeitslosen dadurch, daß er in voller Einmütigkeit feststellte, daß das Problem der Arbeitslosigkeit nur in vollem Zusammenhange mit dem Gesamtproblem seine Lösung finden kann.

Nur in der Zusammenfassung dieser Dreieinigkeit durch die Gewerkschaften liegt der Erfolg der Zukunft begründet, deren Wirken den Gewerkschaften hinwiederum die Aufgabe zuweist, als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein.

## Rundschau.

**Alois Staudinger** †. Einen empfindlichen Verlust erleidet die Organisation der Steinarbeiter durch den Tod ihres ersten Vorsitzenden Staudinger. Obwohl schon jahrelang krank, gelang es ihm doch immer wieder sich der früher in seinem Beruf als Steinmetz gehaltenen Krankheit eines Lungenleidens standhaft zu behaupten. 1902 in die Redaktion des »Steinarbeiter« berufen, hat er dort 17 Jahre lang wirksam die Interessen seiner Berufskollegen vertreten und wiederholt mit dem Staatsanwalt und auch mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht. 1919 beriefen seine Kollegen Staudinger auf den Posten des 1. Vorsitzenden der Organisation, den er nun verlassen hat. Der Steinarbeiterverband ist sicher, daß alle, die ihren Alois Staudinger gekannt haben, sich der Trauer um den Verstorbenen anschließen.

**Abbau der Tapetenpreise.** In den letzten Tagen haben die Tapetenfabrikanten, die in zwei Berufsvereinen organisiert sind, in Berlin getagt. Der »Tapetenfabrikantenverein, Sitz Berlin«, beschloß nach eingehender gründlicher Prüfung, in den Preisabbau einzutreten, um den augenblicklich gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn auch die Gesteuerungskosten zum Preisrückgang noch keine Veranlassung bieten, will der genannte Verein doch dieses Opfer bringen. Der Chemnitzer »Verband deutscher Tapetenfabrikanten« zog seine anfänglich gezeigte Bereitwilligkeit, gleichfalls den Preisabbau mitzumachen, zurück, nachdem in Beratungen mit den Vorständen der organisierten Tapetenhändler diese den Preisabbau ablehnten. Ein schärferer Wettbewerb auf dem Tapetenmarkt und zwischen den beiden Fabrikantengruppen dürfte als Folge der gescheiterten Verständigung zu erwarten sein.

**Die belgischen Gewerkschaften** zählten im Jahre 1914 129177 Mitglieder. Das war ungefähr der zehnte Teil aller in Industrie und Handel beschäftigten Personen. Am Ende des Jahres 1919 betrug die Zahl der Mitglieder mehr als 600000. Dieser Erfolg übertraf die kühnsten Erwartungen der führenden Genossen und ist gleichzeitig ein Beweis des großen Vertrauens der Arbeitermassen zur Gewerkschaftsbewegung. Zwei von der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen haben nun fast mehr Mitglieder, als die Gesamtzahl der vor dem Kriege Organisierten betrug. Es sind dies die Metallarbeiter mit 117590 Mitgliedern (vor dem Kriege 26572) und die Bergarbeiter mit 123466 Mitgliedern (vor dem Kriege 39417, wovon nur 18546 der Gewerkschaftskommission angeschlossen waren). Alle andern Organisationen sind in denselben Verhältnissen gewachsen.

**Gegen Betriebsstilllegungen.** Vom Reichswirtschaftsministerium ist der Entwurf einer Verordnung ausgearbeitet worden, die nach Maßgabe der heute geltenden Gesetze ungedruckt fertigen Stilllegungen und Abbrüchen von Betrieben vorbeugen soll. Die Verordnung ist in den Grundsatzen den entsprechenden Beschlüssen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates angepaßt.

**Um Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose** zu schaffen, sind im Reichsarbeitsministerium umfangreiche Maßnahmen im Gange. Das Ministerium steht mit den andern in Frage kommenden Reichsministerien, insbesondere mit dem Reichsverkehrsministerium seit längerer Zeit in Verhandlungen, weil eine große Zahl von Unternehmungen, wie Bahnbauten, Kanalbauten usw. noch über das bisher vorgesehene Maß hinaus als Notstandsarbeiten des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Diese Verhandlungen, ebenso wie Verhandlungen mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium, die zur Aufnahme umfangreicher Meliorationsarbeiten dienen sollen, stehen vor ihrem Abschluß. Neben diesen Notstandsarbeiten laufen die zahlreichen Notstandsarbeiten der Länder und Gemeinden, die schon bisher mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge gefördert worden sind. Besondere Aufmerksamkeit hat das Reichsarbeitsministerium auch der Arbeitsbeschaffung für Groß-Berlin zugewendet. Die Groß-Berliner Gemeinden sind aufgefordert worden, ihre Projekte der größeren Beschleunigung halber unter Umgehung des üblichen Instanzenzuges unmittelbar dem Reichsarbeitsministerium zu übersenden. Für 205 Unternehmungen mit Arbeitsgelegenheit für rund 10000 Erwerbslose ist die Anerkennung

nach den Vorschriften der produktiven Erwerbslosenfürsorge sofort erteilt worden. Die Projekte der Stadt Berlin konnten noch nicht erledigt werden, weil ihnen die prüffähigen Unterlagen fehlten. Hier werden allein in naher Zeit noch weitere 800 Projekte mit 20000 Arbeitsplätzen hinzukommen. Dazu kommt noch die bekannte, vom Landesarbeitsamt Groß-Berlin geleitete Aktion zur Unterstützung der Bau- und Bauhilfsprojekte durch Zuschüsse für Ausbesserungsarbeiten, wodurch mehr als 2000 Arbeiter Beschäftigung geboten werden soll. Man hofft, daß sich diese Maßnahmen in naher Zeit entlastend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen.

**Arbeitsgemeinschaften der Notstandsarbeiter.** Vom Presseamt der Stadt Altona wird geschrieben: Bekanntlich ist seit Kriegsende vielfach ein starker Rückgang der Arbeitsleistungen zu beobachten. Welcher Art die Ursachen sind, mag hier ununterschiedlich bleiben; sicher ist, daß die Ernährungsschwierigkeiten die körperliche Leistungsfähigkeit beträchtlich herabgesetzt haben. In Altona, wo schon im Dezember 1918 umfangreiche Projekte zur Beschäftigung von Notstandsarbeitern in Angriff genommen wurden, erwoh man infolge des Rückganges der Arbeitsleistung bereits die Einstellung eines großen Teiles dieser Arbeiten. Durch die Gründung von Arbeitsgemeinschaften aber ist seit einiger Zeit eine erhebliche Besserung der Arbeitsleistungen erzielt worden.

Diese Arbeitsgemeinschaften der Notstandsarbeiter treten zwecks Übernahme bestimmter Arbeiten als eine Art Unternehmerruppe auf. Damit ist der Privat-Unternehmergewinn ausgeschaltet. Die Bezahlung erfolgt entsprechend der geleisteten Arbeit. Mit diesen Genossenschaften oder Arbeitsgemeinschaften sind derart günstige Arbeitsleistungen erzielt worden, daß die Notstandsarbeiten künftig nur noch in dieser Form zur Ausführung kommen.

## Resolution Dißmann zum Aufgabenkreis der Betriebsräte.

Nachstehend geben wir die Resolution Dißmann über den Aufgabenkreis der Betriebsräte wieder, die auf dem Betriebsrätekongreß angenommen wurde, und lassen nacheinander noch die anderen angenommenen Resolutionen und Anträge folgen.

Die Red.

Die dem Kapitalismus innewohnenden imperialistischen Tendenzen haben den Weltkrieg heraufbeschworen, der Millionen Proletarier dahinnordete, unersetzbare Werte vernichtete und die Völker ins Elend stürzte.

Aber nicht nur der Weltkrieg selbst, sondern in verstärkter Maße haben seine Folgen immer breiteren Massen die Augen geöffnet für den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die zur Hemmung der Produktivkräfte geworden. Das Wirtschaftsleben wird von steten, sich immer mehr zuspitzenden Krisen erschüttert, Krisen, die eine internationale Erschöpfung und die zerstörenden Tendenzen des Kapitalismus enthüllen.

Besonders aber erlitt die deutsche, im vorge-schrittenen kapitalistischen Entwicklungsstadium befindliche Wirtschaft die schwersten Erschütterungen. Während die besitzende Klasse auch nach Krieg und Revolution ihre ganze Tätigkeit auf rücksichtslose Bereicherung einstellte, wuch und Profitwirtschaft die tollsten Blüten treiben, eine wahnsinnige Preistreibe rei die Teuerung ins Unermeßliche steigerte, ging die Kaufkraft der breiten Massen immer mehr zurück, ward der Reallohn der Schaffenden trotz ständiger Lohnkämpfe weiter gesenkt. Die Krise hat ein steigendes Riesenheer von Arbeitslosen und Kurzarbeitern geschaffen. Die von Unternehmern geübte Sabotage im Produktionsprozeß verschärft die gegenwärtige akute Krise, deren Ursache keine Überproduktion ist, sondern der ungeheure ungedeckte Bedarf der arbeitenden Schichten an Wohnung, Kleidung, Bedarfsartikel, Lebensmittel usw. kann infolge des stets sinkenden Reallohnes keine Deckung finden.

Wohl fällt die Entstehung des Betriebsrätegesetzes in die Zeiten revolutionärer Kämpfe des deutschen Proletariats. Indessen, weit davon entfernt, die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse auf ein Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß zufriedenzustellen, bietet es eine große Zahl von Hemmungen und Mängel, gepaart mit dem Bestreben des bei der Gesetzgebung obsiegenden Unternehmertums, jedes Vordringen auf dem Gebiete wahrhaften, wirksamen Selbst- und Mitbestimmungsrechts der Hand- und Kopfarbeiter unmöglich zu machen, ihm mit allen kapitalistischen Machtmitteln zu begegnen.

In klarer Erkenntnis all dieser Mängel und Hemmnisse des Gesetzes, wie auch des rücksichtslosen Widerstandes der ausbeutenden Klasse, tritt die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse an die den Betriebsräten durch die historische Situation gestellten Aufgaben heran, der Tatsache bewußt, daß die Rechte der Arbeiter erkämpft werden müssen, ihre Sicherstellung und Erweiterung nur durch die geschlossene Kampfphalanx aller klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter erfolgen kann.

In seinem Kern legt das Betriebsrätegesetz nur die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gesetzlich fest. Aber selbst in diesem Aufgabenkreis werden den Betriebsräten

durch das Gesetz viele Erswernisse in den Weg gelegt, um ihre Tätigkeit selbst auf diesem Gebiet notwendiger engerer Tagesaufgaben unwirksam zu machen.

Die Betriebsräte wie die gesamte Arbeiterschaft aber müssen sich weit über den engen Rahmen des Gesetzes hinausgehende Ziele stecken und ihre gesamte Tätigkeit dementsprechend einstellen. Die Betriebsräte haben als Organe des proletarischen Klassenkampfes mitzuhelfen an dem großen Ringen um den Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll das Ziel — die Vergesellschaftung der Produktionsmittel — erreicht werden, so müssen die Träger der Produktion, die Hand- und Kopfarbeiter, gemeinsam sich geistig und organisatorisch darauf einstellen. Dies ist die zwingende Pflicht aller wissenschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und der aus ihrer Mitte delegierten Vertreter im Produktionsprozeß, der Betriebsräte. Die Betriebsräte müssen sich mit allen Fragen beschäftigen, die für den Produktionsprozeß in Frage kommen.

Wir fordern daher das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabsatz usw. als Vorstufe des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungsrechts der Schaffenden.

Diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten und die ganze Macht der Organisation dahinter zu setzen, macht uns die gegenwärtige, die Klassengegensätze immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise zu einer gebieterischen Pflicht. Jeder Tag gibt weitere Arbeitermassen der Arbeitslosigkeit preis, die Arbeitszeit wird reduziert, Betriebe eingeschränkt und stillgelegt. Dem rücksichtslosen Unternehmertum und seiner zerstörenden Produktionsabgabe müssen wir die Forderung der Produktionskontrolle entgegenstellen. Den Betriebsräten muß nicht nur volle Einsicht in alle die Weiterführung der Produktion (Rohstoffbezug, Warenabsatz, Preisbildung und Auftragsbeschaffung usw.) gewährt werden, sondern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht.

Die von den Betriebsräten ausübende Produktionskontrolle darf sich nicht auf die einzelnen Betriebe beschränken, sondern sie muß in planmäßigem Aufbau und organischer Fortentwicklung zu einer Gesamtkontrolle über die einzelnen Industriezweige (Rohmaterial, Aufträge, Produktivität, Verkauf, Statistik usw.) wie der Gesamtindustrie werden.

Diese Forderungen aufstellen und den Betriebsräten diese Aufgaben zuweisen, heißt den revolutionären Kampf des Proletariats erkennen. Die Unternehmer denken ebensowenig daran, ihre wirtschaftliche Macht preiszugeben wie den Arbeitern (Betriebsräten) ein wirtschaftliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß einzuräumen. Diese Tatsachen zwingen die Gewerkschaften, in das Zentrum ihrer Tätigkeit diesen revolutionären Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsarchitektur zu setzen, der organisierten Macht des fest und zentral organisierten, über den Staatsapparat und dessen Machtmittel verfügenden Unternehmertums als einer herrschenden Minderheit entgegenzustellen die geschlossene Macht und den entschlossenen Willen der organisierten, kampfbereiten Hand- und Kopfarbeiter als der ausgebeuteten überwiegenden Mehrheit.

Nur wenn in diesem Geist auf der ganzen Linie die Einstellung und Vorbereitungen durchgeführt werden die Gewerkschaften vor ihrer historischen Mission bestehen:

Als einzige geschlossene Organisation des klassenbewußten Proletariats Kämpfer, Wegbereiter und Träger der proletarischen Wirtschaftsordnung zu sein!

## Von den englischen Gewerkschaften\*.

ii.

Eine neue Art ist die Anwendung des Streikrechts in politischer Richtung. Eine Kampfform, die außerhalb der Arbeiterkreise nicht anerkannt wird und noch nicht zur praktischen Anwendung kam. Die »direkte Aktion« wurde zuerst in der Frage der »Nationalisierung« zur Sprache gebracht. Die Gewerkschaften haben nämlich die Nationalisierung aller größeren Betriebe auf ihr Programm gesetzt, und man will dieses Ziel durch Generalstreiks erreichen. In erster Linie sollen die Kohlengruben nationalisiert werden, danach die Eisenbahnen. Man glaubt die Nationalisierung ohne Bürokratisierung ins Werk setzen zu können. Die Federation der Gewerkschaften der Grubenarbeiter, die unter Leitung des hervorragenden Arbeiterführers Mr. Smillie steht, ist die größte und mächtigste der Gewerkschaften. Diese Federation hat sich mit den Eisenbahnern und Transportarbeitern vereinigt in einem Zusammenschluß, der unter dem Namen »Triple Allianz« sich unter anderem zur Aufgabe gesetzt hat, die Nationalisierung zu erzwingen, wenn nötig durch Generalstreiks.

Bekanntlich sind zur Zeit Unruhen unter den Grubenarbeitern und es drohte mehrmals der Streik. Es ist jedoch nicht die Nationalisierungsfrage, die es gibt, obgleich Smillie vordringt, diese Frage mit zu erfassen, sondern eine Lohnfrage.

\* Siehe 1. Teil, Graphische Presse Nr. 40, Seite 174

Da der Grubenbetrieb unter Staatskontrolle steht, entspinnt sich der Streik wie im vorigen Jahre bei den Eisenbahnern zwischen der Regierung und den Arbeitern. Das Resultat wird wie damals wieder ein Kompromiß sein. Beide Parteien werden sich als Sieger fühlen, während tatsächlich die Arbeiter gewinnen.

Auch der Mittelstand hat jetzt die Notwendigkeit eingesehen, Fachvereinigungen zu bilden. Zu diesen kann man die sogenannte Union der Mittelklassen nicht rechnen, denn sie ist ein Klassenzusammenschluß mit reaktionärer Tendenz, keine Gewerkschaft. Der Zweck dieser Organisation besteht höchstens darin, den Gewerkschaften entgegenzuarbeiten. Typische Gewerkschaften sind hingegen die von einzelnen Erwerbsständen gegründeten Vereinigungen, wie der Ärzte, Schauspieler usw. Sie stehen jedoch nicht in Verbindung mit der Arbeiterbewegung, hingegen hat ein Teil der Fachvereine, die den niedrigst entlohten Mittelstand, wie Ladenpersonal usw. umfassen, teilweise mit den Arbeiterorganisationen zusammengearbeitet. Unter den Volksschullehrern ist verschiedentlich Stimmung dafür, daß ihre Organisationen sich der Arbeiterbewegung anschließen. Kürzlich ist eine Vereinigung gegründet worden, die unter dem Namen »The National Federation for Professional and Technical Workers« Lehrer, Ingenieure und andere »professionelle« Klassen umfaßt und im großen und ganzen sich der Arbeiterbewegung angeschlossen hat.

Die Fachvereinigungen stehen unter der obersten Leitung des Gewerkschaftskongresses, der aus Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften besteht und mehrmals im Jahr zusammentritt. Dieser Kongreß hat in der bürgerlichen Presse den Namen »Arbeiterparlament«, aber da der Kongreß aus Delegierten besteht, deren Anzahl im Verhältnis steht zur Mitgliederzahl der einzelnen Vereinigungen, würde der Name »Sowjet« besser passen als Parlament.

Der Kongreß bestimmt in der Hauptsache das Programm der Gewerkschaften, und diese oberste Instanz hat die Frage »Direkte Aktion« unter Aufsicht. Dieser Kongreß und die oberste Leitung der Arbeiterpartei sind jetzt darin einig, daß die Arbeiterorganisationen zur Zeit ihre Aufmerksamkeit auf die äußere Politik richten müssen, mehr als auf andere Fragen. Der Kongreß hat sich scharf gegen die Politik der Regierung in Irland, Ägypten und Indien ausgesprochen und es wurde in Erwägung gezogen, in direkte Aktion zu treten, um die Regierung zu zwingen, die Truppen vom erstgenannten Lande zurückzuziehen.

Die Entscheidung dieser Frage wurde ausgesetzt. Aber eine andere Frage weckt mehr Interesse. »Hands off Russia«. In dieser Frage ist die ganze Arbeiterbewegung einig, daß dieses Kampfmittel benutzt werden muß, wenn die Regierung sich von der Kriegspartei verleiten läßt und in den Krieg gegen die große Arbeiterrepublik geht. Sämtliche Arbeiterorganisationen stehen hinter dem »Council of Aktion«, der eingesetzt ist, um einer solchen Möglichkeit entgegenzuarbeiten. Dieser neue Rat wird vielleicht eine ständige Institution bilden und vielleicht die neue Oberleitung für die ganze Arbeiterbewegung bilden.

Bisher war noch nicht die Rede von den Einrichtungen, die auf offiziellem Wege gebildet sind, um die Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit zu fördern, nämlich die »industriellen Räte«, die aus einer gleichen Anzahl Arbeitervertretern und Arbeitgebern bestehen unter Leitung des Arbeitsministeriums. Ferner die »Whitney Councils«, Räte, die in gleicher Weise für die verschiedenen Betriebe zusammengesetzt sind. Diese Räte wurden nach den neupolitischen Grundsätzen gegründet, daß die »industriellen Unruhen« aufhören werden, wenn Arbeiter und Arbeitgeber einander kennen lernen. Aber da der Kampf der Arbeiter unweigerlich gegen das kapitalistische System gerichtet ist, werden diese Unternehmungen wohl kaum eine Rolle spielen. Fritz Hansen.

sind und daß auf wiederholte Anfragen keine Antwort gegeben wurde.

Der größte Wert der Durchführung der Tarife muß auf jene gelegt werden, die für rechtsverbindlich erklärt worden sind. Hier sind die Mittel zur Durchführung am einfachsten. In vielen Fällen genügt schon eine Klage beim Tarifschiedsgericht, um die Durchführung des Tarifes zu sichern. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß nicht in jedem Falle die Zustimmung der Kollegen zur Klage gegeben werden muß, weil es unter einem Tarifvertrag unstatthaft ist, daß ein Teil der Berufsangehörigen unter schlechteren Arbeitsbedingungen arbeitet als der Tarifvertrag vorsieht. Es gibt sogar Fälle, wo gegen den Willen der Kollegen Klage geführt werden muß, soll nicht der Zustand Geltung bekommen, daß einzelne Teile des Vertrages abgedungen werden.

Da nicht in allen Fällen die Durchführung für rechtsverbindlich erklärter Tarifverträge vor den Tarifschiedsgerichten erreicht werden kann, müssen neben den Gewerbeberatern auch die Amtsgerichte in Anspruch genommen werden. Die Prozeßführung bei den Amtsgerichten verursacht jedoch in der Mehrzahl der Fälle so hohe Unkosten, daß es an der Zeit ist, der Errichtung von Bezirksgewerbeberatern mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken. Abgesehen von den hohen Kosten amtserichterlicher Wirksamkeit hat jede gewerbeberaterliche Entscheidung den Vorteil der schnelleren Erledigung und erleichtert uns die Durchführung der Tarife wesentlich.

Übergehend zum Tarif der Formstecher betont Kollege Herbst, daß der für rechtsverbindlich erklärte Tarif auch für Stedter in Fabriken Geltung hat und zur Durchführung gebracht werden muß. Er wünscht, daß dem Verbandsvorstand von jedem Vorgehen und dem Ausgang jeder Maßnahme Bericht gegeben wird, damit jederzeit die Möglichkeit besteht, dem Tarifkontrahenten nachzuweisen, was von unserer Seite zur Durchführung des Vertrages getan worden ist.

Im Chemiegewerbe sind uns schon häufig Vorwürfe deshalb gemacht worden, weil wir dem Organisationszwang noch keine Geltung verschafft haben. Sollte jedoch jetzt der Organisationszwang durchgeführt werden, so würde sich die schon jetzt große Zahl der Arbeitslosen noch mehr erhöhen. Da der Tarif mit Ende dieses Jahres abläuft und deshalb neue Verhandlungen zu erwarten sind, wird neben anderem auch die so wichtige Frage der Zwangsorganisation ihre Regelung finden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Lichtdruck. Da ab kommenden Jahres eine Zusammenlegung der Tarife im Chemiegewerbe und Lichtdruckgewerbe nach Möglichkeit geplant ist, wird auch hier erst der Ausgang der zu führenden Verhandlungen die Wege weisen, die zu gehen sind.

Der Tarif für das photographische Kunstdruckgewerbe beschränkt sich fast nur noch auf Berlin, da in Leipzig fast jede Tätigkeit auf diesem Gebiete erloschen ist. Zwar sieht dieser Tarif keine Zwangsorganisation vor, ist aber bis auf eine Firma anerkannt und wird auch durchgeführt. Auch die außerhalb der Tarifgemeinschaft stehende Anstalt verfährt nach den Positionen des Vertrages. Die Lage auch dieses Gewerbes ist im Augenblick wenig aussichtsreich und die Halbarheit hat stark um sich gegriffen.

Der Notenstechertarif läuft ebenfalls mit Ende dieses Jahres ab und soll nicht wieder verlängert werden. Vielmehr soll eine Angliederung an den Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe erfolgen. Ob es bei dieser Angliederung möglich sein wird, auch die jetzt geltende Lohnposition für die Notenstecher in Geltung zu setzen, ist bei der im Notenstecherberuf in Geltung befindlichen bis ins kleinste gehenden Akkordberechnung nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen.

Das größte Sorgenkind ist der Tarif für das photographische Vergrößerungsgewerbe. Mit Ausnahme von Leipzig und Frankfurt am Main hat er sich keine Anhänger gewinnen können. Die wenigen, die jetzt den Tarif stützen, sind nicht mehr gewillt, die Lasten zu tragen, jedoch bleibt nach Lage der Sache gar nichts anderes übrig, als den Tarif weiter aufrecht zu erhalten. Notwendig wäre, diesen Tarif wieder mit denen in der Photographie zu vereinen, aber die Möglichkeit dazu besteht nicht. Die Tatsache, daß einige Tarife in der Photographie die bisher übliche Lohnlage überschritten haben, muß auch für das photographische Vergrößerungsgewerbe Veranlassung sein, eine Revision der Löhne nach oben vorzunehmen. Redner erklärt am Schluß seiner Ausführungen, daß die Möglichkeit der Durchführung der Tarifverträge gegeben sei und mit der Durchführung eine größere Einheitlichkeit in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bringen ist.

In der Diskussion wird zur Durchführung des Tarifes für das Lithographie- und Steindruckgewerbe betont, daß jeder Tarif seine Einlaufszeit benötige, jedoch schon ein Fortschritt zu verzeichnen sei. Da der Tarif für das linksrheinische Gebiet abgelaufen und von den Gehilfen nicht erneuert worden sei, müsse dahin gestrebt werden, eine Einheit zu schaffen. Der Ausbildung der Schiedsgerichtsbeisitzer sei ebenfalls Aufmerksamkeit zu schenken und die für Arbeitsnachweise geltenden Bestimmungen in Anwendung zu bringen.

Einen breiteren Raum der Diskussion nimmt die Erörterung der Durchführung des Tarifes in der Privatlithographie ein. Allgemein wird festgestellt, daß die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse mehr als bisher dazu beitragen, daß sich die arbeitslosen Lithographen als Heimarbeiter Beschäftigung suchen. Solange die Frage der Arbeitslosigkeit nicht gelöst sein wird, dürfte auch ein erfolgreiches Wirken im Sinne der Durchführung des Tarifes nicht möglich sein. Diejenigen Kollegen wegen solcher Handlung aus dem Verbandsauschluß, dürfte den gewollten Zweck nicht erreichen, weil ihnen nicht die Möglichkeit geboten werden kann, in den Betrieben zu tariflichen Bedingungen zu arbeiten. Die Privatlithographen, welche die tariflichen Löhne zahlen, werden aber wiederum gezwungen, ihre Gehilfen zu entlassen, weil von den Firmen nicht die Preise zu erhalten sind, die eine tarifliche Bezahlung der Gehilfen ermöglichen.

Die Berufsämter, die mehr und mehr die große Öffentlichkeit auf sich zu ziehen suchen, stehen mit ihrer Tätigkeit, Lehrlinge jenen Berufen zuzuführen, die anscheinend noch nicht unter Überfüllung zu leiden haben, mit ihren öffentlichen Interessen den gewerkschaftlichen Interessen entgegen. Da zu erwarten steht, daß die Berufsämter immer größere Beachtung sich erringen werden, wird gefordert, daß die Gewerkschaften Anschluß an die Berufsämter suchen, ihnen mehr Interesse entgegenbringen und durch ihre Mitarbeit verhindern, daß die Berufsämter entgegen gewerkschaftlichen Grundsätzen und bestehenden Tarifen ihre vermittelnde Tätigkeit ausüben.

Im allgemeinen wird in der Aussprache wiederholt unterstrichen, daß die Durchführung der Tarifverträge mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu betreiben ist, jedoch auch hervorgehoben, daß es außerordentlich schwer ist, die Kollegen in solchen Firmen zu Aktionen zu bewegen, die zwar nicht tariffrei sind, aber in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen oft weit über das tarifliche Maß zugunsten der Kollegen hinausgehen.

Da die einzelnen Tarife nochmals unter Punkt 3 der Tagesordnung zur Beratung stehen, wird davon abgesehen, in die einzelnen Fälle hineinzusteigen, deshalb sind nur die großen Linien zum Gegenstand der Beratung gemacht worden.

Kollege E. Herbst kann in seinem Schlußwort feststellen, daß über die großen Linien der Durchführung der Tarifverträge volle Einmütigkeit besteht. Obwohl ohne weiteres anzuerkennen ist, daß die Gauleiter sehr stark mit Arbeiten überhäuft sind, kann die Zentrale nicht davon abgehen, sich in Zukunft noch mehr auf die Gauleiter zu stützen als bisher. Die Zuschriften werden sich deshalb noch stärker vermehren, weil die Zentrale den festen Willen hat, die Gauleiter von allem zu unterrichten was vorgeht.

Die Frage der Berufsämter wird erst noch einer weiteren Beratung unterzogen und das Ergebnis dieser Beratungen den Gauleitern zugänglich gemacht werden. Sicher ist, daß ein Einfluß auch bei den Berufsämtern erstrebt werden muß.

Nachdem Kollege Herbst noch die Schiedsgerichte, Tarifamt, überhaupt die Rechtsprechung behandelt und auf Wunsch ein Exposé über die Berufslage gegeben hat, wird auch der 2. Punkt der Tagesordnung der ordentlichen Gauleiterkonferenz für beendet erklärt.

**Ortsberichte.**

**Barmen-Eiberfeld.** Am 3. Oktober hielt die Barmen-Eiberfelder Zahlstelle eine Mitgliederversammlung ab, in der sich der neue Gauvertreter des Gau's, Kollege Reis aus München vorstellte und in einem zweistündigen Referat seine Stellung zu den zukünftigen Gewerkschaftsfragen klarlegte. Als Gäste waren die Vorstände der hauptsächlich in Frage kommenden Zahlstellen des Gau's anwesend, welche den Koll. Reis namens ihrer Zahlstelle begrüßten. Es wurde hierbei allseitig der Wunsch ausgesprochen, ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Mit den Ausführungen des Kollegen Reis war die Versammlung einverstanden. Bei dem Bericht über die Berliner Verhandlungen kam allgemein zum Ausdruck, daß das deutsche Steindruckgewerbe eine derart minimale Forderung trotz der Krise tragen könne, die Unternehmer jedoch aus Mitleid mit alies ablehnten. Wenn man von seiten des Unternehmertums solche Konjunkturpolitik treibe, dann würden sie uns zur gegebenen Zeit gerüstet finden. Speziell im Wuppertal sei die Konjunktur seit 1918 immer eine sehr gute gewesen, nur in der letzten Zeit mache sich hier eine ganz minimale Krise bemerkbar. Hieraus sei die Haltung des Hauptvorstandes sehr zu begrüßen. Solange kein Existenzminimum da sei, muß gefordert werden. Das bedeutet jedoch nicht, daß sich die Kollegschaft mit Bettelpfennigen zufrieden gibt.

Die Versammlung war von sehr gutem Kampfesgeist getragen. Nach dem Schlußwort des Kollegen Reis wurde die Versammlung um 2 Uhr geschlossen.

**Crimmitschau.** Die am 2. Oktober tagende gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm mit Entzückung Kenntnis von dem Standpunkt der Unternehmern, welchen sie bei den Tarifverhandlungen über Lohnerhöhung zeigten. Obwohl sie von der

**Allgemeines.**  
Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparte des Berufes.

**Gauleiterkonferenz 1920.**  
**Die Durchführung der Tarife und die Berufslage.**

Diese Frage behandelte, wie sich schon aus der Tagesordnung ergibt, Kollege E. Herbst. Er führte etwa folgendes aus:

Der Abschluß von Tarifen bietet in den meisten Fällen nicht die Schwierigkeiten als die dann folgende Durchführung. Aber erst die volle Durchführung abgedrosselter Tarifverträge läßt das in den Tarifverträgen niedergelegte der betreffenden Arbeiterkategorie voll zu gute kommen. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß jeder abgeschlossene Tarifvertrag auch durchgeführt werden muß. Soweit die Zentralleitung bei der Durchführung von Tarifverträgen mitwirken konnte, hat sie getan, was möglich war. Leider mußte die Zentralleitung dabei feststellen, daß ihr nicht immer, wie eigentlich notwendig, die nötigen Unterlagen geliefert worden

Noilage der Kollegen voll und ganz unterrichtet und überzeugt sind, fehlt ihnen jedes soziale Verständnis, um zur Hebung der Lage der Gehilfenschaft etwas beizutragen.

An diesem Gebahren erkennt man die Menschenfreundlichkeit, welche sie für ihre Gehilfen übrig haben.

Die Kollegen der Zahlstelle richten daher einen Appell an die gesamte Kollegenschaft, daß sie nicht geneigt ist, länger am Hungertuche zu nagen und erwartet, daß auch von der übrigen Kollegenschaft durch Proteste der Unwille zum Ausdruck gebracht wird.

Dresden. Die am 1. Oktober tagende Mitgliederversammlung aller Sektionen nahm vom Kollegen Leinen den Bericht von den Lohnverhandlungen in Berlin entgegen.

Redner schilderte den Gang der Verhandlungen und die Hartnäckigkeit der Unternehmer, auch nur das geringste Zugeständnis zu machen. Die Unternehmer blieben auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren und so wurden auch diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Kollege Leinen gab noch bekannt, daß der Dresdener Unternehmer Herr Römmler einen Plan ausgearbeitet hat zur Verbilligung der Produktion. Dieser Plan enthalte aber viele Punkte, die von der Arbeiterschaft niemals angenommen werden könnten.

In der Diskussion wurde von allen Seiten das Verhalten der Unternehmer auf das schärfste verurteilt. Die Unternehmer wollen von ihrer Profitrate auch nicht ein Jota abgeben und lehnen selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter in brüsker Weise ab. Ganz entschieden wurde auch der Plan des Herrn Römmler abgewiesen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

»Die starkbesuchte Versammlung aller Filialen Dresdens bedauert außerordentlich das brüske Ablehnen jeglicher Lohnaufbesserung bei den Berliner Verhandlungen. Sie empfinden es direkt als Hohn auf ihre Gügnisamkeit, wenn die Unternehmer jetzt von Lohnabbau sprechen. Die Versammlung stellt fest, daß in unserem Gewerbe während der Teuerung die Löhne nur sehr zaghaft aufgebessert wurden, so daß sie den jetzigen Preisen der Lebenshaltung in keiner Weise entsprechen. Deshalb würde ein Lohnabbau den geschlossenen Widerstand der Kollegen finden. Die Unternehmer haben es wohl verstanden, ihren Profit zu sichern, so daß sich ihre Lebenshaltung nicht verschlechtert hat, bei den Arbeitern wollen sie aber den Hungerriemen noch schärfer anziehen. Die Dresdener Kollegenschaft erklärt, alles daran zu setzen für die Verwirklichung des Graphischen Industrieverbandes, Ausbau des wirtschaftlichen Rüstsystems und erkennt klar, daß den darbedenden Massen nur wirklich geholfen werden kann durch die Ergriffung der politischen Macht und Sozialisierung der Produktionsmittel.«

In seinem Schlußwort forderte Kollege Leinen die Versammelten auf, kein Opfer zu scheuen und wenn der Kampf um sie ergeht, den Unternehmern zu zeigen, daß wir unser Recht auch zu erkämpfen wissen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung, Bericht vom Orsausschuß in Verbindung mit der Erwerbslosen- und Betriebsrätefrage wurde wegen der vorge-rückten Zeit vertagt.

Ein dementsprechender Antrag, der in Kürze die Einberufung einer weiteren Versammlung fordert, wurde mit großer Mehrheit angenommen. W. M.

Leipzig. Die Leipziger Lithographen und Stein-drucker nahmen am 30. September nach dem Bericht des Kollegen Herbst von der Gauleiter-konferenz, Kenntnis von dem Ausgang der Lohn-verhandlungen in Berlin. Bei der stark besuchten Versammlung löste die ablehnende Haltung der Unternehmer stärkste Entrüstung aus. Die Kollegen sind der Meinung, daß es geradezu lächerlich ist, wenn man den Arbeitern in dieser Zeit der steigen-den Teuerung das Fallen der Lebensmittelpreise beweisen will. Mit Recht kam zum Ausdruck, daß für die Unternehmer im graphischen Gewerbe nicht die wirtschaftliche Not ihrer Arbeiter sondern die jeweiligen politischen Machtverhältnisse ausschlag gebend für ihr Handeln sind. Während man durch angeblich übermäßigen Rückgang in Produktions-aufträgen nicht in der Lage sei, die Forderungen zu bewilligen, war man schließlich tränenden Auges bereit, für die Halbarbeiter Ledige 10 Mk. und Ver-heiratete 15 Mk. zu bewilligen, während die Menge der vollproduzierenden Unternehmer nichts tragen sollten und also ihre Arbeiter sich mit dem wenigen Verdienst weiter durchschlagen sollen. Krasser konnte sich der schlechte Willen nicht offenbaren. Die Versammelten waren der Meinung, daß sich die Unternehmer dieses Mäntelchen ihrer sozialen Einsicht sparen konnten, und daß es ehrlicher gewesen wäre, man sagte einfach man wolle nicht. Die Ablehnung dieser Fürsorgekarikatur seitens unserer Unterhändler wird gebilligt. Die Leipziger Kollegenschaft wird sich diese höhnische Herausforderung der Unternehmer nicht nur merken, sondern auch die wahre Stimmung der Arbeiter, von welcher nach einem Ausspruch der Unternehmer Vertreter in Berlin noch nichts bemerkt worden ist, bei jeder Gelegenheit scharf und deutlich zum Aus-druck bringen. Die äußerst sachlich geführte Dis-kussion endete bei den in voller Geschlossenheit und Einigkeit zu den bevorstehenden Kämpfen

stehenden Leipziger Kollegen mit der folgenden einstimmig angenommenen Resolution:

»Die am 30. September im Volkshaus ver-sammelten Lithographen und Stein-drucker Leip-ziger nahmen mit Entrüstung Kenntnis von dem negati-ven Erfolg der mit den Unternehmern stattge-fundenen Lohnverhandlungen. Sie erblicken in dem Verhalten der Unternehmer eine brüske Heraus-forderung der Kollegenschaft. Die Unternehmer haben es bewiesen, das von ihrer besseren Ein-sicht nichts zu erwarten ist, sondern das zur Er-zwingung besserer Lebensbedingungen die Er-oberung der politischen Macht notwendig ist. Die Kollegenschaft erklärt zur Erreichung dieses Zieles alle Kräfte einzusetzen. Ferner erklären sie der Gleichgültigkeit der Unternehmer gegenüber unseren wirtschaftlichen Nöten, dieselbe Gleichgültigkeit dem Produktionsprozeß entgegenzusetzen. H. G.

## Die photomech. Fächer.

### Krise in der Chemigraphie. ☒

Woher rührt sie? Wird sie dauern? Wie ist zu helfen? — So fragen jetzt alle Berufsangehörigen, ob Gehilfen, ob Unternehmer, mit angstvollem Ernst. Und die Einsicht drängt sich durch, daß hier kein kleines Übel vorliegt, daß hier keine kleinen Mitteln helfen, daß hier alle Parteien auf-hören sollen, daß es die ernsteste, allerernsteste Sorge und Pflicht für uns alle ist darüber nach-zudenken. Keiner ist heute mehr sicher vor dem alten Gespenst der Arbeitslosigkeit, vor der Be-triebseinschränkung und -auflösung. Und was Arbeitslosigkeit in dieser Zeit der Teuerung be-deutet, das steht riesengroß vor jedes Gehilfen Augen und auch vor denen jener Chefs, die Ver-antwortlichkeitsgefühl besitzen; bei den andern mag es nur die verächtliche Sorge um den bedrohten Profit sein, die es jetzt auch mit moralischen An-wardlungen zu tun kriegt. Es sind schreckliche Be-klammungen, die um so grinsender auf uns ein-dringen, als sich ein ähnlicher Stillstand in der Chemigraphie noch nie zeigte, und wird das Quäl-ende dieser Gedanken durch die vielgepriesenen und ebenso verschiedenen Unterstützungen und Fürsor-ger für Arbeitslose nicht im geringsten gemindert. —

Woher rührt die Krise? Der erste Grund liegt in dem Niederbruch unserer Industrie, das Friedens-diktat nimmt uns ein Drittel unserer Kohlen-, drei Viertel unserer Eisenerzeugung. Und unsere elende Finanzlage, die nicht einmal die nötigen Lebens-mittelankäufe ermöglicht, hat keine Mittel, diese zwei uns fehlenden wichtigsten Rohmaterialien vom Ausland zu kaufen; und hätte diese Einfuhr auch nur dann Wert, wenn wir durch erhöhte Arbeits-intensität wieder größere Werte an verarbeiteten Waren ausführen könnten. An der Eisenindustrie hängt aber mehr oder minder unsere ganze andre Industrie, und speziell das uns so sehr angehende Reklamewesen in der Maschinen-, Automobil- und Metallwarenindustrie. Man muß sich offen ein-gestehen: die Entwicklung und das Ende dieser all-gemeinen Krise ist nicht abzusehen, sie wird jah-re lang dauern und liegt es nicht in der Macht irgend-welcher von uns zu ergreifenden Maßnahmen, die allein dadurch im Bedarf an unseren Produkten eingetretene Verringerung zu hemmen; hier kann nur eine Reduktion der Betriebe und der Berufs-angehörigen helfen, welche Operation von katastrophalem Unglück frei zu halten und möglichst schmerz-los zu gestalten Aufgabe der Berufsgesamtheit ist.

Der zweite Grund unserer speziellen Krise liegt in den hohen Preisen der Klischees. Die ständige und enorme Steigerung der Lebensmittelpreise hat die Löhne in allen Berufen hinaufgetrieben und damit auch die Preise sämtlicher Materialien, von Gas, Strom und Miete. Dazu wirkten natürlich auch die erhöhten — oft weit über Berechtigung er-höhten — Händler- und Unternehmergewinne und — soweit im Inland nicht erhältliche Materialien in Frage kommen — der tiefe Stand unserer Valuta gegenüber dem Auslandsgelde. Zu diesen hohen Materialpreisen kommen unsere eigenen hohen Löhne, deren Höhe freilich noch lange nicht im Ver-hältnis zu den viel höher gestiegenen Lebensmittelp-reisen und zu der Kaufkraft der Friedenslöhne steht, und die hohen Gewinne unserer Prinzipale. Weiter die viel bequemer gewordene Arbeitsweise, die den Anforderungen der Zeit gerade entgegen-gesetzt ist und die indirekt verteuern wirkt. Dann die auf keinerlei stichtalige Selbstkostenberechnung und auf den zum Unsinn gewordenen Quadrat-zentimetersatz aufgebaute Preiskonvention Das sind Dinge, die sich teilweise ändern lassen und über die eingehend nachzudenken und zu beraten ist und mit denen wir uns unten hauptsächlich be-schäftigen wollen.

Den dritten Grund der Krise bildet wieder ein Komplex von Erscheinungen, die außerhalb des Berufes oder die in der Verbindung mit anderen Berufen liegen. Da ist vor allem die Verbindung mit Zeitung, Satz und Druck, die an sich natür-lich teuer geworden sind und deren hauptsächlichstes Rohmaterial (Farbe und Papier) phantastisch hoch im Preise steht, so daß die Anschaffung einer Druck-sache, die Ausführung einer Reklame, die Druck-legung einer Zeitschrift, eines Buches, zu einer Kostspieligkeit wird, die auf Absatz nicht mehr

rechnen kann in dieser Zeit, die den Massen der Stadtbevölkerung kaum für die Lebensnotwendig-keiten die Mittel bietet und sie zwingt, höchst not-wendige Dinge — viel nötiger als unsere Ansichtskarten und Bilder — als Luxus zu betrachten. Über welche allgemeine Armut man sich nicht täuschen lassen darf, durch die Verschwendung der alten und der neuen Reichen und durch die unlegbar bis tief in die Arbeiterbevölkerung herabgestiegene Genuß-sucht, die wieder so sehr im Gegensatz steht zu unserer Lage, aber in den Zeiten nach Kriegen und Revolutionen stets zu beobachten war. — Weiter ist's die Abwanderung zum Rotationskupferdruck und zum Offsetdruck, die immer fühlbarer wird; man denke nur an den Abbruch, den illustrierte Zeitschriften, wie der »Weltspiegel« (Kupferdruck) oder die »Leipziger Illustrierte« (Gummidruck) mit ihren gediegenen, von uns nicht zu erreichenden Wirkungen, unsern Berufe tun. Dazu kommen die zahlreicher werdenden photomechanischen Ab-teilungen mit Offsetdruck, welche sich die großer Schriftgießereien zulegen, wobei die Befürchtung mitspielt, daß der direkte Letzerdruck und damit der Bedarf an Schriftmaterial zurückgedrängt werde. Ungesund wirken auch die zahlreichen Überläufer, die in der Kriegszeit wahllos hereingenommen wurden. Weiter das schädliche Provisionswesen, von dem ein Heer von Mittelspersonen lebt oder seine Einkünfte arbeitslos erhöht, den Kunden-kreis wedelnd und unberechenbar macht und damit auch unsere Beschäftigung. Endlich der Um-stand, daß sehr viele Erzeugnisse bei dem der-maligen Warenhunger gar keiner Reklame bedürfen, weil sie als höchstnotwendig auch so zu Über-preisen reißend abgehen; woran die auf der oben angezogenen Genußsucht der Zeit basierende Reklame für Vergnügungen, Genußmittel und kos-metische Artikel nicht viel ändert. Lauter Dinge, auf die wir schwer oder gar nicht einwirken können.

Wir müssen uns also bei unsern Beratungen ganz hauptsächlich mit der zweiten Gruppe von Gründen befassen, die ich oben angezogen habe und untersuchen, was sich durch uns selber bessern läßt. Und müssen es tun ohne Parteilichkeit und Haß, die hier, wie in allen schwierigen Situa-tionen sehr schlechte Berater sind. Und ich tue es, selbst auf die Gefahr hin, als Versöhnungsapostel bezeichnet, bald von der einen, bald von der andern Seite der Parteinahme bezichtigt, der Sentimentali-tät und Gefühlsduselei beschuldigt und als der »Ein-gewickelte« betrachtet und verachtet zu werden. Und werde auch zu trösten wissen mit der Tal-sache, daß heute wie jederzeit sehr viel suchende und mahnende Klugheit zwischen den mehr unge-stümen, als klugen Parteinungen verfehmt und zer-rieben wird.

Zwei Allheilmittel werden heute hinausgeschrien: »Fort mit den »hohen« Löhnen!« »Weg mit dem Unternehmergewinn!« Die hohen Löhne sind ein glattes Rechenexempel, das sofort ergibt, daß man mit ihnen auch nicht annähernd das kaufen kann, was man um die niederen Friedenslöhne bekam; wobei (nach dem Zeugnis des Briten Keynes — die Folgen des Friedensvertrages, Seite 159) es »unwahrscheinlich ist, daß, von gewissen Bequem-lichkeiten abgesehen, der Lebensmittelverbrauch der deutschen Arbeiterklasse vor dem Krieg das zur Erreichung der höchsten Leistungsfähigkeit erforder-liche Maß stieg; ja, er blieb wahrscheinlich dahinter zurück.« Diese britische Bemerkung unsern deut-schen Unternehmern ins Stammbuch; es sei aber gleich bemerkt: auch wir Gehilfen können viel aus dem Buche dieses Briten lernen. Mit dem Lohn-abbau hat's also seinen Haken, der nicht in Mei-nungen, sondern in unbestreitbaren Rechnungen sehr gut verankert ist. Wesentlich anders stehts mit den Unternehmergewinnen, da würde sich, könnte man nur die Buchhaltungen durch alle Ver-schleierungen hindurch prüfen, die merkwürdige Tatsache ergeben, daß Betriebe, die angeblich nie rentabel waren, jetzt bei der bequemerer Arbeits-weise und geringeren Beschäftigung, sehr rentabel geworden sind. Ich verkenne nicht das erhöhte Risiko in dieser unsicheren Zeit und weiß wohl, daß auch sozialisierte Betriebe in regen Zeiten Mehr-gewinne abwerfen müßten zur Aufrechterhaltung des Betriebes in schlechten Zeiten; denn auch die Sozialisierung würde ein Schwanken des Geschäftsganges in unserm Beruf gar nicht verhindern können, wobei ich mir von der »Sozialisierung« ein wahr-scheinlich zutreffenderes Bild gemacht habe, als die meisten meiner Berufskollegen in beiden Lagern. Aber bei allem: es wirkt grotesk, das ökonomische Prinzip (bei wenigster Arbeit höchster Ertrag) so verdreht zu sehen, wie das jetzt der Fall ist, ge-steigerte Gewinne zu finden bei sinkender Arbeit. Es wurden Witze darüber gemacht, »wie man früher geschuftet und sich aufgeregt hätte, daß die I-Punkte und die Autopunkte nur so in der Atzmaschine herumflögen, und daß sie auf der Platte nicht mehr mit dem größten Bimsstein und nicht für die schärf-ste Lupe wahrnehmbar gemacht werden konnten, und wie es jetzt so viel feiner sei, »bequem« zu arbeiten und eine »Menge« zu verdienen.« Na, heute ist den Fröhlichen schon allen miteinander bei ihrer bequemeren Verdienerei bange geworden und man schreit nach intensiverer Arbeit und nach Minderung der Gewinne. Und hier haben mal beide Seiten recht, wenn sie's auch für ihren Teil nicht mehr haben wollen und immer nur den andern Teil meinen.

Die Gewinne, ja, die können herabgesetzt werden, und das schlagen jetzt die Unternehmer selber und teilweise (Römmler) sogar so phantastisch vor, daß es sich wieder nicht mit den Umständen wird vereinigen lassen. Und etliche äußern, daß sie sich mit mäßigen Gewinnen begnügen würden, daß sie sich nur als im Dienst der Berufsgesamtheit stehende Angestellte (mit allerdings sehr wichtiger Funktion) betrachten würden, daß sie nichts gegen eine Kontrolle durch diese Berufsgemeinschaft hätten und noch weniger gegen eine von dieser ausgehende Hilfeleistung und Beratung. Die alte Vernunft, die immer kommt, wenn das Wasser bis zur Kehle geht, die Verständigung, zu der man nur bereit ist vor einer drohenden oder nach einer Niederlage, wie im Völkerkrieg. Es ist bei den Gehilfen genau so; bei guter Konjunktur, da wollen sie nichts von Verständigung wissen, bei schlechter wieder nicht die Prinzipale. Aber jetzt, wo die Umstände beiden Teilen eine Niederlage bereiten, wird vielleicht die Vernunft doch eine dauerndere Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verständigung herbeiführen. Und in dieser Zeit, wo sich Regierung und Reichstag mit unendlich viel wichtigeren Sozialisierungen zu befassen hätten, als mit der Chemigraphie betreffenden, wird man wohl oder übel selber Formen suchen müssen, die das Übel lindern und erträglich machen. Ob man das Ding dann Tarif- oder Arbeits- oder Berufsgemeinschaft nennt, das kann uns furchtbar schnuppe sein; sein aber muß es was, und das Schlimmste wäre jedenfalls die Anarchie, welche die unentwegten, viel Worte aber wenig Gründe produzierenden Tarifgegner anstreben. Es dürfte sich freilich nachteilig zeigen, daß man dabei auf Einsicht und guten Willen angewiesen ist, und daß uns kein Zwang durch Reichsgesetze zur Verfügung steht, um die nötigen Berufsgesetze zu machen, abgesehen von dem bish. Betriebsrätegesetz, das auch noch lange nicht auf genügendes Verständnis auf beiden Seiten stößt, welches seine Mängel zu bessern bereit wäre.

Die Herabsetzung der Gewinne kann sich aber nur aufbauen auf eine gesunde Preisbildung, diese nur auf eine richtige Kalkulation und diese wieder nur auf eine normale Arbeitsleistung. Ein Volk, in dem mehr Leute regieren, als regiert werden, ist nach Rousseau schlecht regiert. Und in diesem Falle befindet sich jetzt das deutsche Volk, wenn man das viele Reden und Politisieren als Regierungsgeschäft betrachtet. Und wie im Volk, so ist's auch in einzelnen Berufen. Weniger schwätzen, mehr schaffen. Das ist eine nach Vernunft- und Wirtschaftsgesetze erforderliche Notwendigkeit und tut der republikanischen Ehre gar keinen Abbruch. Was im kaiserlichen Deutschland an Arbeitsintensität geleistet wurde und was für ein paar Mark Mehrlohn in nichttarifreuen Anstalten davon jetzt noch geleistet wird, das möchte ich der Allgemeinheit nicht zumuten und habe gegen jede Hetzjagd von jeher protestiert, weil sich auf ein nerven- und gesundheitserstörendes Arbeitstempo, auf Rekordleistungen überhaupt keine Kalkulation aufbauen soll und kann. Aber auf Bummel kann sich auch keine aufbauen, weil daraus eine Schädigung der Allgemeinheit resultiert, die sich gar nicht rechtfertigen läßt. Wenn ein Strichzähler mit seinen Hilfskräften z. B. früher an einem Tage zehn und mehr Durchschnittsplatten ätzte und wenn er jetzt ganz entrüftet ist, sobald er mal sechse machen soll: so verteuert das die Produkte genau so, wie der unbillige Gewinn des Unternehmers. Und beide Übel müssen beseitigt werden und die Allgemeinheit hat ein Recht, das zu kritisieren und den teuren Kauf - abzulehnen, so daß wir selber am Ende die Opfer unserer eigenen Sünden sind. Kein Zutrittsseien unsere Betriebsstätten, sehr recht; aber auch kein Diskussionsklub und keine Versorgungsanstalten.

Es ist freilich zum lachen, wenn aus diesen Umständen Vorschläge entstehen zur - Akkordarbeit (Römmler). Und ich möchte das Schema sehen, auf das sich solche Akkordarbeit aufbaut, ohne das endlose Streitereien daraus entstehen und eine Wut, bei der gar keine Arbeit möglich ist. Ne, so geht's nicht. Wird nur wider emsig gearbeitet und kann man sich verlassen, daß sechs oder sieben Klischees normal rausgehen und erst beim achten oder neunten wieder was passiert, was dem Ätzer, dem Nachschneider, dem Drucker schwebt, aber nicht zu umgehende und im Durchschnitt auf alle Produkte aufzuschlagende Mehrarbeit macht, die aber immer noch billiger ist, als eine Neuanfertigung. Dann kann man wieder billiger und sicherer kalkulieren. Aber wenn ich z. B. bei einem bestimmten Klischee, von dem ich auf Grund alter Erfahrung weiß, daß es in drei Stunden Gesamtarbeit fertig sein kann, sehe, daß es mit Ach und Krach in fünf Stunden fertig wird, da hört sich das billigere Arbeiten auch auf. Wobei ich natürlich die jetzigen Materialschwierigkeiten sehr gut kenne und mit in Kalkül ziehe. Hier können die Gehilfen was tun, nicht aber bei den Löhnen. Bei den Löhnen werden sogar wieder die Unternehmer was tun müssen im Interesse der Gesamtheit, indem sie die gewissenhafte und gute und fleißige Arbeit besser entlohnen, als die schwächeren Arbeiter, guten Willen immer vorausgesetzt; denn schlechte und vielleicht noch unwillige Leute sind in jedem Beruf Schmarotzer, die sich die Gesamtheit nicht gefallen zu lassen braucht.

Die auf alte Erfahrungen und auf stete Nachkalkulation aufgebaute Preisbestimmung muß aber ganz anders systematisiert werden, als das bisher der Fall war. Der Quadratmeter ist dazu eine geeignete Basis gar nicht und taugt höchstens zur genauen Ermittlung des Verbrauchs an Metall und Holz, also des grössten Rohmaterials, das selbst bei den jetzigen hohen Preisen desselben gegenüber der Arbeit eine recht untergeordnete Rolle spielt. Im übrigen glaubt man noch immer daß es so ist, wie im Jahre 1913, wo in Klimschs Jahrbuch (1914) betrußt festgestellt wird, »daß zwar jeder Schuster und Schneider die Kosten für jedes von ihm gefertigte Einzelprodukt genau ermitteln kann, daß die genaue Feststellung der Kosten eines einzelnen Klischees aber ein Ding der Unmöglichkeit sei.« Sind die in dem betreffenden Artikel aufgestellten anderweitigen Normen für die Klischeekalkulation auch heute noch selbstverständliche, so ist die soeben erwähnte Annahme anscheinend doch ein Irrtum und man kann die Selbstkostenberechnung nach entsprechenden Vorarbeiten doch auf eine sichere Basis stellen, nämlich auf das Verhältnis von Arbeitszeit zu den Material- und anderen -kosten, welches Verhältnis sich nach vorhergehenden statistischen Erhebungen genau ermitteln läßt, worüber (Grützmadhersch System) in Berlin und Leipzig in Prinzipalversammlungen schon Vorträge gehalten wurden, die aber zu wenig klar waren. Darüber wäre auch an dieser Stelle noch sehr eingehend zu referieren. Aber auch dieses System muß mit konstant bleibender Arbeit rechnen können, soll jedoch dann gute Kalkulationen ermöglichen und ständiges Nachkalkulieren der fertigen Arbeiten, woran es in unserem Berufe gänzlich mangelt. Resultieren wird freilich dann eine Preisfestsetzung von Fall z. Fall, wie sie jetzt schon im Buch- und Steindruck und auch bei den Positivretuschen besteht und bei den Erzeugnissen aller Berufe, wo eine Mechanisierung und Normalisierung der Arbeit nicht gut möglich ist. Soviel ist jedenfalls jedem scharf Beobachtenden jetzt schon klar, daß eine Verbilligung bei allen kleineren Klischees, die einzeln gemacht werden müssen, nicht gut eintreten kann. Und es ist das Unrecht am Quadratmeterpreis und damit an der Preiskonvention, daß die großen Arbeiten allein den Gewinn bringen müssen, ob sie jetzt einfache oder zusammengelegte Klischees betreffen. Die Abnehmer der letzteren sind also geschädigt zugunsten der kleineren Einzelklischees benötigten Kundenschaft. Schon vor 1 1/2 Jahren prophezeiten denkende Druckleute, daß die großen drei- und vierfarbigen Inserate infolge ihrer Kostspieligkeit den Inserenten bald nicht mehr erschwänglich sein würden und hier eine Lebensfrage für Chemigraphie und Buchdruck bestehe. Heute sind diese übergewinnbringenden Reproduktionen auf ein Minimum eingeschränkt, man riskiert höchstens zwei Farben und auch das können sich nur mehr größte Firmen erlauben. Und damit fällt das, was viele Chemigraphen über Wasser und sehr gut über Wasser gehalten hat. Jetzt heißt es also rechnen und die Rechnerei geht nicht mehr die Prinzipale allein an.

Heilen kann man also nur: Durch vorläufige Unterlassung jeglicher Lehrlingseinstellung; durch Anraten, daß keiner eine Möglichkeit außeracht lassen möge, sich anderweitig fortzubringen. Durch tunlichststen Übergang aller noch anpassungsfähigen Elemente zum Rotationsstiefdruck und zum Offsetdruck. Im Beruf selber durch auf genaues Rechnen basierte Preisfestsetzungen auf Kosten der Gewinne und durch intensivere Arbeit auf Kosten der Bequemlichkeit. Weil man dabei auf Einsicht nicht viel rechnen dürfen wird und weil die Bequemlichkeit manne Ausreden hat, denen man Stichhaltigkeit nicht immer absprechen kann (Materialmängel, Unterernährung, soziale Rücksicht auf Arbeitslose), so wird da viele Aufklärungsarbeit nötig sein. Nützt sie nicht, so geht der Beruf unaufhaltsam weiter bergab. Empfehlen dürfte sich auch wieder eine nach Fleiß und Leistungsfähigkeit abgestufte Entlohnung, wobei aber die bestehenden Löhne als wirkliche Minimallohne zu bleiben hätten und das derzeit wirkungslose und »äckerliche von Zu-legen von 3 oder 5 Mark bedacht werden muß.

Es ist in kritischen Zeiten immer eine schwierige Kunst der Staatslenker (siehe Fichtes »Geschlossener Bundesstaat«), die Bürger auf die notwendigen Arbeiten zu verteilen, bei wirtschaftlichen Umwälzungen die Arbeitskräfte umzugruppieren. Und wir leben jetzt in einer Umwälzung sondersgleichen und die Schwierigkeiten sind so entsetzlich, daß nur die Schlagwortritter der ödesten Sorte sie geflissentlich leugnen oder übersehen können. Und das nur ganz dumme oder ganz gewissenlose oder im Parteilanatismus erblindete Schreiber eine rasche Besserung versprechen können. Wie im Staat, so ist es auch in vielen Berufen und auch in unserem. Das Heil können wir nicht finden, so oder so und es gilt nur uns vor dem schlimmsten Unheil zu bewahren. Und das geht nicht ohne Härte, gegen uns selber und gegen andere. Man verspreche sich also von allen Reformen im Beruf nicht viel, man sei nicht zu rücksichtsvoll gegen Überzählige im Beruf und stecke den Kopf nicht in den Sand um sie nicht zu sehen. Wenn der Beruf nur durch Kurzarbeit die ist unrentabel und mit zahllosen Arbeitslosen im Schlepptau leben kann dann ist an eine Verbilligung unserer

Arbeit nicht zu denken und dann ist das überhaupt keine Lebensfähigkeit mehr. Es ist tragisch, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade jetzt das sozialistische Handeln fast unmöglich machen, daß sie die freie Berufswahl förmlich ganz aufheben und die Freizügigkeit total unterbinden und daß in dieser Zeit, in diesen Trümmern, der Sozialismus aufbauen soll. Daran zu glauben und angesichts der unentwertbaren Wirren nicht zu verzweifeln, dazu gehört eine Geduld und ein Idealismus, welche die wenigsten Arbeiter aufbringen können; oder jener blinde Fanatismus, der jetzt so stark grassiert und die Massen von einem Radikalismus zum andern treibt und sie nicht erkennen läßt, daß die Not der Städter, die in der Habgier der Landleute und der Händler aller Art eine Hauptursache hat, nur gebessert werden kann durch das Zurückdrängen jeder Selbstsucht, die auf Kosten anderer gut lebt. Dazu bedarf es einer geschlossenen Front aller Arbeitenden in den Städten und also auch in unserem Stadtberufe. —f—s.

**Ortsberichte.**

**München, Chemigraphen.** Am 30. September befaßten sich die Münchener Kollegen in einer Versammlung mit dem vorliegenden Referat und Entwurf des Herrn Römmler, gehalten in der Sitzung der Entlohnungs- und Preisprüfungskommission. Die Kollegen kamen dabei einstimmig zu folgender Stellungnahme.

»Die durch den Krieg und seine Folgen verursachte wirtschaftliche Not, die besonders für unsere Berufsgruppe verschärfend fühlbar ist, kann durch die Verwirklichung der Römmlerschen Ansichten nicht beseitigt werden. Die Gehilfenschaft würde jeder Anregung, die eine Besserung der Berufslage bringt, zustimmen. Die Änderung des Lohnsystems, die Römmler vorschlägt, lehnen sie rundweg ab.

Unsere Berufsgruppe, die zu allererst von der allgemeinen Belebung des wirtschaftlichen Marktes abhängig ist, kann man durch solche Experimente nicht künstlich beleben.

Nach den Gesichtspunkten des Antragstellers läßt die heutige Entlohnung keine Kalkulationsmöglichkeit zu, auch sei unsere Ware heute von Gestehungskosten übersättigt, daher eine nachlassende Nachfrage zu konstatieren. Gerade deshalb, weil ein großer Teil der Gestehungskosten von der Leistungsfähigkeit der Gehilfen abhängig ist, liegt in der Verwirklichung solcher Pläne eine weitere Gefahr und Untergrabung geordneter Berufsverhältnisse.

Selbst mit der Reduzierung der Arbeitskräfte, die eine Verringerung der Produktionskosten und größere Intensität der Arbeitsleistung herbeiführen soll, geht Hand in Hand eine Qualitätsverschlechterung. Eine Abwendung von unseren Erzeugnissen würde in noch erhöhtem Maße eintreten.

Auch die erwartete Mehrleistung der nun reduzierten Arbeiterschaft würde nicht eintreten, da der garantierte Lohn von 150 Mark, selbst bei wesentlicher Erhöhung durch den in Aussicht stehenden Produktionsanteil, jeden Anreiz verlieren würde, da die von Woche zu Woche steigenden Unterhaltungskosten für das tägliche Leben keinen Ausblick auf eine künftige bessere Gestaltung der Lebensverhältnisse zulassen.

Das Mitbestimmungsrecht an der Produktion, welches man den Gehilfen scheinbar einräumt, hat praktisch nur geringen Nutzen, da die Geschäftsleitung sich jederzeit vorbehält, eine ihr genehme Anteilnahme der Arbeiterschaft zu sichern. Schon die Schwerfälligkeit der Berechnung spricht gegen die Einführung, ganz abgesehen von den sich daraus ergebenden Differenzen und Konflikten der Arbeiter mit der Geschäftsleitung und den Sireitigkeiten der Arbeiter unter sich.

Ganz entschieden weist die Münchener Gehilfenschaft die in den Ausführungen enthaltenen Angriffe zurück, als sei lediglich der »Lohn« die »unproduktiven Arbeitsversorgungsanstalten«, sowie eine »künstlich gestreckte Arbeitsleistung« schuld an dem Rückgang des Gewerbes. Es sei wiederholt festgestellt, daß die Gehilfenschaft im chemigraphischen Gewerbe in der langen Tarifperiode jederzeit bereit war, Opfer zu bringen und mitzuarbeiten, wenn es galt, der Förderung der Berufsinteressen zu dienen. Nur durch fremde Ursachen ist die Notlage im Beruf entstanden und da kann man nicht noch dazu kommen, die Gehilfenschaft dafür verantwortlich zu machen.

Die in Aussicht genommene Entschädigung an die Arbeitslosen und die Bestimmungen für die Lehrlinge können nicht angetan sein, der Gehilfenschaft die Vorschläge annehmbarer zu machen.

Wenn die Gehilfenschaft sich bisher gegen die Einführung des Akkordes ausgesprochen hat, so geschah es nicht, weil das Gewerbe ein Kunstgewerbe sei, sondern weil die Schwierigkeiten es nicht zulassen, einen Akkord in unserem Berufe einzuführen. Es handelt sich in unserem Berufe nicht darum, rein handwerksmäßig einen Quadratmeter Fläche wiederzugeben, vielmehr werden an die Wiedergabe eines Originals die höchsten Ansprüche gestellt, denen nach Auspruch einer der Prinzipalität nahestehenden Autorität nur Leute mit tiefstem künstlerischen Verständnis und ausgeprägtestem Sinn für Farbe gewachsen sind.

Daher ist die Herabsetzung der Berufsleistung der Gehilfen entweder eine absichtliche oder eine laienhafte Verkennung der Tatsachen.

Die Leistungsfähigkeit, die unser Beruf im letzten Jahrzehnt erreicht hat und die zu erreichen die Gehilfenschaft kein geringes Teil mit beigetragen hat, wird gefährdet durch Verwirklichung der Leitsätze des Herrn Römler. Die Gehilfenschaft Münchens lehnt diese mit einem glatten »Nein« ab, da sie nicht noch dazu übergehen kann, selbst den Totengräber ihres Berufes zu machen.

Anschließend daran gab Kollege Dürr den Bericht von der Gauleiterkonferenz, der mit Beifall entgegengenommen wurde. Zur Tarifierneuerung kamen die Kollegen zu der Auffassung, einem neuen Tarif ihre Zustimmung nur dann zu geben, wenn derselbe ihren gerechten Ansprüchen an Lohn Rechnung trage. Ebenso dürfte eine Verschlechterung der Arbeitszeit niemals zur Annahme des Tarifes führen. In der Frage der Preiskonvention wurde gefordert, den Gehilfen mehr Einspruchs- und Mitbestimmungsrecht zu geben. Nach Annahme verschiedener Abänderungsanträge fand die Versammlung ihren Schluß S. Adlerstein.

Wer sich von den älteren Kollegen noch der Zeit erinnert, als die Konzertmaler auftraten, wird sofort an die prächtige Satire Oberländers denken: »Der Konzertbildhauer«, dann an die köstliche parodistische Reihe »Der Kuß«, worin er die Art hervorragender Kunstgenossen (Genelli, Alfred Rethel u. a. m.) mit einer phänomenalen Treffsicherheit persiflierte. Bilder wie »Der Jahrmart zu Timbuktu« und »Hagenbeck kommt«, wird wohl niemand vergessen können, der sie in den »Fliegenden« gesehen hat, ebenso wenig wie die köstlichen Bilder »Die resultatlose Volksversammlung«, »Kritikers Traum«, »Wie sich die Leute den Teufel denken«, »Der Vegetarianer«, »Die Hasen jagd bei Berlin«, »Die Kaffeeschlacht«, »Der gesunde Erbonkel« und der »kranke Erbonkel« sowie unzählige andere. Sein größtes und originalstes Meisterstück hat er aber doch geschaffen mit den Randzeichnungen aus dem Schreibeft des kleinen Moritz. Diese heimlichen Randzeichnungen, wie die »Balkarte«, »Der Herr Schulinspektor«, »Warum der kleine Moritz wünscht, daß die drei großen Löwen der Menagerie auskommen möchten« u. a. m. sind einzig.

Wenn man das Lebenswerk Adolf Oberländers betrachtet, so kann man wohl behaupten, daß das Goethewort »Das Echte bleibt der Nachwelt unverloren«, bei diesem ersten Humoristen Deutschlands in der bildenden Kunst, am Platze ist.

J. Meier-Durst.

# Feuilleton.

## Nachklänge zum 75. Geburtstag Adolf Oberländers.

Was glänzt, ist für den Augenblick geboren, Das Echte bleibt der Nachwelt unverloren. (Goethe »Faust« I.)

Anfang Oktober war die Wiederkehr des Geburtstages des größten Humoristen der »Fliegenden« und zwar sind es dreiviertelhundert Jahre, daß er das Licht der Welt an der Donau, zu Regensburg, erblickte.

Kaum zwei Jahre alt, kam er in die deutsche Kunstmetropole München, und ist auch sein Leben lang dort geblieben. Oberländer sollte Kaufmann werden, aber seine Neigung zur bildenden Kunst ließ ihm keine Freude am Handel finden, und er ging auf die Akademie zu Piloty, dem früheren Lithographen. Schon im Jahre 1863 wurde er Mitarbeiter der »Fliegenden Blätter«, und wurde deren bedeutendster aller Illustratoren, der all gemein als Meister ersten Ranges in seinem Fache anerkannt wird.

Wie der englische Sittenmaler und Kupferstecher Hogarth geißelt Oberländer die Laster und Torheiten der Zeit und nahm den Kampf auf gegen Unsitt und Ungeschmack. Seine humoristischen Zeichnungen in den »Fliegenden« wirken nicht nur erheitend, sondern sind zugleich eine ernste Mahnung gegen die Modetorheiten, und kein Kulturhistoriker wird ohne die Oberländerschen Zeichnungen in den »Fliegenden« arbeiten. Durch die prächtigen Beiträge mit dem Künstlerstift erhält er einen genauen Einblick in die Anschauungen, Moden und Sitten unserer Zeit.

## Eingegangene Schriften.

**Anfänge der Demokratie in England, Studien zur Geschichte der Levellerbewegung.** Von A. Conrady. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis Mk. 4.—

In seinem Buche gibt A. Conrady einen fesselnden Überblick über das Werden der Demokratie in England. Das Werk ist umso mehr der Beachtung wert, als die Folgen des Krieges aufzeigen, daß weder staats- noch wirtschaftspolitische Machtmittel und Zwangsmittel, wie sie von den alliierten Volksbegleitern in reichlichem Maße angewandt werden, in stande sind, die elementarste aller Kräfte, den Freiheitsdrang, zu brechen.

Der Leser, der bei der Lektüre des Conrady'schen Buches die Parallele zieht zwischen den geschichtlichen Tatsachen und den Erscheinungen unserer Zeit, wird ohne Zweifel von dem Bewußtsein erfüllt, daß lebendige Kraft sich nicht mit Engstirnigkeit brechen läßt.

**Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge zu seiner Erneuerung.** Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Verkaufspreis für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Mk. 8.75 (sonst Mk. 15.—)

Schon allein die Zerrissenheit des Proletariates auf dem politischen Kampffelde zeigt ganz unzweideutig, daß sich wesentliche Verschiebungen des ökonomischen Umbaus der Gesellschaft vollzogen haben. Die Folge davon ist die Revision der Parteiprogramme in jenen Teilen, die dem praktischen Tageskampf Ziel und Richtung geben. Vorliegende Schrift soll der Ausgangspunkt zu einer Erörterung des Parteiprogramms des S. P. D. sein mit dem Ziel, das schon ein Menschenalter geltende Erfurter Programm dem heufigen Stande der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend auszubauen. Die in dem Band niedergelegten Vorschläge, deren Verantwortung zwar noch auf den Schultern des Vorschlagenden liegt, sind jedoch ob ihres Strebens, den Weg

zum großen Ziele zu finden, dem Studium auch des Gewerkschafters empfohlen, gleichviel welcher politischen Richtung er angehört.

**Der Reichswirtschaftsrat.** Von Georg Plötz, (Referent im Reichswirtschafts-Ministerium) Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Fichtenau. Preis Mk. 2.50.

Der deutsche Reichswirtschaftsrat, das erste Wirtschaftsparlament der Welt ist zum erstenmal zusammengetreten. Die vorliegende Schrift ist die erste zusammenfassende Darstellung darüber, was dieser neuartige Parlamentskörper ist. Sie gibt die gesetzgeberische Gründungsurkunde des R. W. R. wieder und erläutert sie nach ihrem sachlichen und formalen Inhalt. Es werden die Entstehungsgeschichte des R. W. R. die Kämpfe um die Art seines Aufbaues und seine Rechte und Aufgaben geschildert. Der tatsächliche Aufbau wird zergliedert, über die (etwa 100) bedeutenden Wirtschafts-Verbände und Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die den R. W. R. besidien, werden genaue Angaben gemacht und die erstmalig berufenen 326 Personen werden namentlich aufgeführt. Die Schrift wird allen denen, welche sich über die im raschen Tempo vor sich gehende neuerliche Umgruppierung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kräfte auf dem Laufenden halten wollen, willkommen sein.

**Die Erdoldung der deutschen Ernährungsfront.** Von G. Davidsohn. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 19. Preis 80 Pfg.

Die Broschüre rollt ein Schuldkonto der deutschen Kriegswirtschaft auf: Die geradezu freyerliche Nahrungsmittelherstellung, den unverantwortlichen Leichtsinns der verantwortlichen Staatsmänner, Politiker usw. Das Kernstück der Darlegungen sind die statistischen Vergleiche der Ausgaben für Nahrungsmittel wie Brot, Mehl, Milch, Käse, Fleisch und für Kulturzwecke auf der einen, für alkoholische Getränke auf der anderen Seite. Die Broschüre will aufrütteln und zur Abstellung der bisherigen Fehler und Sünden mahnen.

**Das Reichseinkommen-Steuer-gesetz.** Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«, Berlin C. 2. Preis Mk. 4.—

»Das Reichseinkommen-Steuer-gesetz«, mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager, gibt einen erschöpfenden Überblick über alle Einzelheiten des neuen Gesetzes. Mit ihnen muß sich jeder vertraut machen, der überhaupt ein Einkommen besitzt. Das Buch ist ein Führer durch alle Einzelheiten des Gesetzes, es gibt Auskunft über die Abzüge vom steuerfreien Teils des Einkommens, über die Abzüge vom Einkommen, kurzum über alles, was jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte in Zukunft von der Einkommensteuer wissen muß. Von besonderem Wert ist die Schrift auch für alle Gewerbetreibenden, da sie eine genaue Aufstellung über die Ermittlung des gewerblichen Einkommens enthält.

Das »Reichseinkommen-Steuer-gesetz« ist die neueste Erscheinung aus der von der Verlagsgenossenschaft »Freiheit« herausgegebenen Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte. Ihre Anschaffung kann aufs wärmste empfohlen werden.

**Der Mieterschutz.** Ausführliche Erläuterungen der geltenden Mieter Schutzgesetzgebung, insbesondere der Höchstmietverordnung vom 9. Dezember 1919 von P. Hertz und K. Boenheim. Verlagsgenossenschaft »Freiheit«, Berlin C. 2. Preis 4 Mk.

Diese Schrift mit ihren Erläuterungen der einzelnen Gesetzesbestimmungen enthält eine Darstellung des augenblicklichen Rechtszustandes, die den Mieter in den Stand setzt, sich mit seiner Hilfe allein sein Recht zu suchen.

## Lithographie (Export) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

## Schleif- und Polierstein



liefert in 4 Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von

**Handsteinen** (auch zum Einspannen in die Maschine), per Stück Mark 7.—, Durchmesser 22, 26, 32 cm, 6 cm Höhe, Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg M. 10.—

**Masse zum Selbigsleifen** in 1 kg Blöcken per kg Mark 9.50.

Zusendung gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen. Muster (1-4) per Stck. M. 7.—, sowie Prospekt auf Wunsch gerne. Exporteur: Rabatt.

**Marlith Kunststein-Werk Distler & Wenzel,** München, Theresienstraße 76.

Soeben erschienen!  
**Zu frohen Festen!**  
Vorsprüche und Lieder  
von PAUL BARTHEL  
Preis inkl. Porto 2,20 Mark, Nachnahme 55 Pfennig mehr.  
Verlag von Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig  
Postcheckkonto 15078

## ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50 Fernruf: Moritzplatz 12289.

## Stellenangebote

## I a Merkantil-Lithograph

für amerikanische Briefköpfe und Asphaltätzung verlangt  
MAX KRAUSE, Berlin S 42, Alexandrinenstraße 93/94. Nur bemusterte Offerten erbeten.

Sofort oder später  
**2 wirklich erstklassige Retuscheure**  
von denen einer tüchtiger Zeichner für Schrift, Schwarz-weiß und kl. Entwürfen sein muß, für dauernd gesucht.  
Graphische Kunstanstalten Herm. Friederichs Hannover.

## Verschiedenes

**Kritzpapier**  
in Friedensqualität liefert ab Lager  
**Friedrich Schreier,** Hildesheim-Moritzberg.



## Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

Ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, bürgt für das Halften und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Ein Versuch überzeugt. Probep Dosen von 2,5 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Deimold.

**J. H. Wolff, G. m. b. H.** Fabrik von Bronze-Tinkturen, Deimold.

## Verbandsnachrichten

Anlässlich seines Scheidens von hier nach Frankfurt a. M. als Gauleiter sagen wir unseren lieben Kollegen und Vorsitzenden

**Theodor Mittendorf**  
für seine vorbildliche und treue Tätigkeit bei uns unseren herzlichsten Dank  
Mitgliedschaft Braunschweig. Viel Glück im neuen Wirkungskreise.